

Linksblick

Die Zeitung der Linken für Teltow-Fläming

www.dielinke-tf.de

30. Jahrgang · 299. Ausgabe · April/Mai 2026



Impressionen vom Ostermarsch in Ludwigsfelde

Erster Ostermarsch seit Jahren in Teltow-Fläming

Die Linke Brandenburg und Die Linke Teltow-Fläming luden am 29. März zum Ostermarsch nach Ludwigsfelde.

Ostermärsche stehen in der Tradition einer jahrzehntelangen Friedensbewegung, die ihre Wurzeln in den 1960er Jahren hat. Damals gingen erstmals Menschen in Europa auf die Straße, um gegen atomare Aufrüstung und militärische Eskalation zu protestieren. Für Die Linke ist diese historische Kontinuität von zentraler Bedeutung: Die Ostermärsche sind Ausdruck zivilgesellschaftlichen Engagements für Abrüstung, Dialog und internationale Solidarität.

»Heute ist diese Tradition vielerorts eingeschlafen, dabei ist sie wichtiger denn je.«, sagt Tobias Lübbert, Vorsitzender des Regionalverbandes Trebbin-Großbeeren-Ludwigsfelde der Partei Die Linke und Mitglied im Kreis- sowie Landesvorstand der Linken. »Wir bauen eure Waffen nicht. Wir führen eure Kriege nicht.« Unter diesem Motto lief der Ostermarsch

mit knapp 50 Menschen durch die Stadt. Diese Zahl ist viel zu wenig für die Brisanz, die das Thema in der ganzen Welt hat.

Ostermärsche sind nicht nur ein symbolischer Akt, sondern wichtiger Raum für Austausch, Aufklärung und politische Positionierung. So hat beispielsweise ein Vertreter des »Arbeitskreis Zwangsarbeit in Ludwigsfelde gedenken« am Ostermarsch teilgenommen und vor den Teilnehmenden gesprochen. »Wir können in Ludwigsfelde eine Hand voll Sand nehmen und finden dort sofort menschliche Knochen.«, so Stefan Gerbing vom AK Zwangsarbeit. Diese Tatsache ist Mahnung und Pflicht für uns alle.

Mercedes Benz, einer der größten Arbeitgeber im Landkreis, lässt seit Jahren die Frage nach der Zukunft seines Werks in Ludwigsfelde ungeklärt. Gleichzeitig versucht Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) seit Jahren Rüstungsindustrie nach Brandenburg zu locken. Die jüngsten Bestrebungen hierzu finden sich im

neuen Koalitionsvertrag von SPD und CDU wieder. Auch deswegen sagte Tobias Lübbert beim Ostermarsch: »Unsere Arbeiter*innen wollen kein Blut von unschuldigen Männern, Frauen und Kindern an ihren Händen haben.« Und Katharina Slanina, Landesvorsitzende die Linke Brandenburg, ergänzte in ihrer Rede: »Herr Doktor Woidke, wir wollen keine Rüstung in Brandenburg!«

Nach Abschluss der Demonstration kam es dann noch zu einem Eklat. Die anwesenden Polizisten leiteten nach der Demo ein Ermittlungsverfahren von Amts wegen ein, wegen des Verdachts der Beleidigung. Der Grund: das nicht indizierte und nicht verbotene Lied »Nazis raus« wurde auf der Demonstration abgespielt. Dies ist ein massiver Eingriff in das Versammlungsrecht und für uns nicht hinnehmbar. Wir informieren euch, wie dieser Skandal weitergeht.

Tobias Lübbert, Ludwigsfelde

Aktuelles

aus unseren Fraktionen

Beilage »Einblicke«

Thierisch gesehen



Foto: A. Mattescheck

Liebe Leser*innen, liebe Genoss*innen,

zunehmend bestimmen Krieg und Gewalt in der Welt. Iran, Gaza, Ukraine sind nur jüngste Beispiele. Man kann sich mit der Lage abfinden, man kann sich ohnmächtig fühlen. Man kann aber auch Zeichen setzen, zumindest kleine – aber öffentliche. Und gerade wir als links denkende Menschen sind hier, meine ich, in der Pflicht. Zumal gerade wir als Linke immer wieder unsere internationale Solidarität beschwören, »Frieden« nicht weit genug vorn und am stärksten betont in all unseren (Wahl-) Programmen stehen soll. Das ist alles richtig. Aber dann wundere ich mich schon, wie es sein kann, dass sich am Ostermarsch der Brandenburger Linken, zu dem auch unser Kreisverband aufrief, in Ludwigsfelde am 29. März gerade einmal knapp 50 Menschen versammelten? Am Ort kann es nicht gelegen haben, die Erreichbarkeit ist dank Bahn und Autobahn gut. Auch die Marschroutenlänge war überschaubar. Das es maßgeblich am Datum lag, kann ich mir auch kaum vorstellen. War es am Ende doch der Unterschied zwischen Wort und Tat?

Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes

Die Linke

Kreisverband Teltow-Fläming

Antworten auf neue Fragen **Programmdebatte gestartet**

Liebe Genoss*innen,

unsere Partei steht vor einem entscheidenden Schritt: Das Grundsatzprogramm von 2011, unser Erfurter Programm, welches uns lange Orientierung gegeben hat, wird jetzt umfassend überarbeitet.

Dieses Programm war viele Jahre ein Fundament für unsere politische Arbeit – doch die Welt hat sich verändert. Die Herausforderungen unserer Zeit sind komplexer geworden. Deshalb brauchen wir neue Antworten, frische Ideen und vor allem einen klaren Blick darauf, wofür Die Linke heute und in Zukunft steht.

Diese Antworten können jedoch nur gemeinsam entstehen. Sie werden tragfähig, wenn wir als Mitglieder unsere Erfahrungen, unsere Vorstellungen und unsere Kritik einbringen. Es geht nicht

darum, dass irgendwo von oben entschieden wird – es geht darum, dass wir die Zukunft aktiv mitgestalten.

Der Prozess der Programmüberarbeitung ist bewusst offen und transparent gestaltet. Jedes Mitglied kann sich beteiligen: mit eigenen Vorschlägen, konstruktiver Kritik, praktischen Erfahrungen aus der Arbeit, aus Kommunalpolitik, Gewerkschaften oder gesellschaftlicher Praxis. Ihr könnt eure Visionen für eine gerechte, solidarische und nachhaltige Gesellschaft einbringen.

Alle wichtigen Infos, Möglichkeiten zur Beteiligung und die laufenden Debatten findet ihr zentral auf der Seite: <https://programm.die-linke.de/>. Dort könnt ihr euch umfassend informieren, an Diskussionen teilnehmen und eigene Beiträge einbringen. Es ist die Chance, aktiv an der politischen

Ausrichtung unserer Partei mitzuwirken, die Zukunft unserer Partei und unserer Gesellschaft zu gestalten.

Worum es konkret geht, bringen diese Fragen auf den Punkt: Wie reagieren wir auf wachsende soziale Ungleichheit, auf die drängende Klimakrise, auf den zunehmenden Rechtsruck in unserer Gesellschaft? Wie entwickeln wir eine konkrete, gerechte Gesellschaftsvision, die Menschen einbindet und ermutigt? Und wie stellen wir sicher, dass Die Linke wieder stärker, klarer und handlungsfähiger wird?

All diese Fragen werden nicht irgendwo im stillen Kämmerlein entschieden – sie werden durch

uns, durch unsere aktive Teilnahme, durch unsere Ideen bestimmt. Deshalb unser klarer Aufruf: Bringt euch ein. Diskutiert. Widersprecht. Entwickelt Ideen. Nutzt diese Gelegenheit, unsere Partei inhaltlich zu gestalten.

Denn eines ist sicher: Nur durch aktive Beteiligung, durch Mitdenken und Mitgestalten kann sich wirklich etwas verändern.

Lasst uns als Kreisverband zeigen, dass wir diesen Prozess ernst nehmen, unsere Ideen einbringen und unsere Partei gemeinsam stark machen.

Robert Kosin,
Geschäftsführer des Kreisverbandes



Foto: Freepik, pedron3nrique1

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge verhindert Integration

Seit Ende November 2025 stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) keine Berechtigungen für Integrationskurse mehr aus.

Einerseits wird gefordert, Geflüchtete und Migrant*innen sollen sich integrieren, gleichzeitig wird ihnen der Zugang zu den Integrationskursen verwehrt. Einerseits sollen Geflüchtete arbeiten gehen, andererseits finden sie kaum einen Job, wenn sie kein B1-Sprachzertifikat nachweisen

können. Genau das ist der Plan. Menschen mit Migrationsgeschichte soll das Leben hier so unangenehm wie möglich gestaltet werden. Wer arbeitet, wird kein Zertifikat erlangen können und nicht an einem Integrationskurs teilnehmen können. Die Einbürgerung wird aussichtslos. Selbst mit einem guten Lohn ist es kaum möglich, die Kosten zu tragen. Insgesamt kostet ein Integrationskurs, mit dem Orientierungskurs und dem Deutschtest für

Zuwanderer sowie der Leben in Deutschland-Prüfung, 3.361 Euro pro Person. Wer nicht arbeitet und beim Jobcenter Kund:in ist, wird ebenfalls dafür bestraft, sobald Termine nicht wahrgenommen werden. Meist hat dies aber psychische Hintergründe, viele Menschen haben auch resigniert. Es werden auch weniger Kurse starten können, da es schwerer wird, volle Kurse zu haben. Das liegt daran, dass insgesamt ca. 40 % weniger Berechtigungen ausgestellt werden. Das sorgt auch dafür, dass Menschen länger auf das Bürgergeld angewiesen sind, weil die Wartezeiten lang sind. Warum wundert mich das nicht? Der Chef des BAMF, Dr. Sommer (CSU), fordert öffentlich die Abschaffung des individuellen Asylrechts. Ein Verfassungsfeind ist Chef dieser Bundesbehörde, die jetzt die Träger aushungern lässt. Das ist ein Skandal, der politisch genauso gewollt ist. Die CSU (Innenminister Dobrindt, BAMF-Chef Dr. Sommer) schafft es, rechte Narrative aufrechtzuerhalten, in-

dem sie blockieren. Diesen Missstand müssen wir sichtbar machen und uns deutlich dagegen positionieren. Integration gelingt nur, wenn wir sie ermöglichen. Reformen bei den Kursformen sind notwendig. Gleichzeitig braucht es einen kostenfreien Zugang zur Integration für alle. Die Kursträger, Lehrkräfte und potenziellen Kursteilnehmenden brauchen Gewissheit und Sicherheit.

Lasst uns gemeinsam an einem Strang ziehen und dieser menschenverachtenden Politik den Stecker ziehen! Solidarität wird sich langfristig immer durchsetzen.

Tom Siedenbergl,
Linksjugend [solid]



Der Frauen(kampf)tag

Ein Tag des Feminismus – auch im 21. Jahrhundert



Foto: B. Peitzhold



Foto: F. Thier



Foto: B. Peitzhold

Am 8. März haben unsere Genoss*innen in Ludwigsfelde, Luckenwalde und Jüterbog den Internationalen Frauentag genutzt, um zusammenzukommen, gemeinsam zu essen und miteinander ins Gespräch zu kommen. Im Mittelpunkt stand dabei der anhaltende Kampf um echte Gleichstellung im 21. Jahrhundert. Der Frauentag ist für uns nicht nur ein Anlass des Austauschs, sondern auch ein Tag der Solidarität und des gemeinsamen politischen Engagements.

Der Internationale Frauentag ist jedoch weit mehr als ein symbolischer Feiertag. Seine Wurzeln liegen in den Kämpfen der Arbeiterinnenbewegung des frühen 20. Jahrhunderts.

Frauen kämpften für bessere Arbeitsbedingungen, politische Mitbestimmung und das Frauenwahlrecht. Einen entscheidenden Impuls gab 1910 die sozialistische Politikerin Clara Zetkin auf der internationalen sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen, als sie einen weltweiten Frauentag vorschlug. Bereits 1911 wurde dieser in mehreren europäischen Ländern erstmals begangen.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurde der Frauentag verboten, da er eng mit der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung verbunden war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde er besonders in sozialistischen Staaten wieder aufgegriffen und als politischer Kampftag der Frauen begangen. Seit 1975, dem Internationalen Jahr der Frau, wird der 8. März auch von den Vereinten Nationen als internationaler Gedenk- und Aktionstag anerkannt. Auch heute ist Gleichstellung noch nicht erreicht. Die moderne feministische Bewegung im 21. Jahrhundert beschäftigt sich daher neben gleichen Rechten im Beruf auch mit Fragen struktureller Diskriminierung, Gewalt gegen Frauen, reproduktiver Selbstbe-

stimmung sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig rücken unterschiedliche Lebensrealitäten stärker in den Blick – etwa die Erfahrungen von Frauen verschiedener sozialer Herkunft, kultureller Hintergründe oder sexueller Identitäten. Der Internationale Frauentag erinnert uns daran, dass Gleichberechtigung nicht geschenkt wird, sondern erkämpft werden muss. Er ist ein Tag der Solidarität und zugleich ein politischer Auftrag, sich weiterhin entschlossen für die Rechte und die Gleichstellung von Frauen einzusetzen.

Nicole Liedtke, *Schatzmeisterin des Kreisverbandes*

FrühLINKSempfang in Blankenfelde-Mahlow

Der 12. FrühLINKSempfang der Linken Teltow-Fläming am 20. März war ein voller Erfolg und bot einen gelungenen Auftakt in die warme Jahreszeit – auch wenn das Wetter nicht ganz mitspielte. Trotz Nieselregens versammelten sich zahlreiche Gäste in der Begegnungsstätte Regina-Wach der Volkssolidarität in Blankenfelde-Mahlow, um gemeinsam einen Nachmittag voller Begegnungen, Gespräche und politischem Austausch zu erleben. Der Nachmittag schuf eine einladende Atmosphäre und bot den passenden Rahmen für Austausch und Begegnung.

Besonders erfreulich war die große Vielfalt der Teilnehmenden. Menschen unterschiedlichen Alters, mit verschiedenen Hintergründen und Perspektiven kamen zusammen, um sich auszutau-

schen und voneinander zu lernen. Genau diese Mischung machte die besondere Atmosphäre unseres FrühLINKSempfangs aus: solidarisch, offen und von gegenseitigem Respekt geprägt. Neben persönlichen Gesprächen über das Leben vor Ort standen auch politische Themen im Mittelpunkt. Es wurde engagiert diskutiert, aber immer auf Augenhöhe und mit dem gemeinsamen Ziel, Lösungen für eine gerechtere Gesellschaft zu finden.

Ein besonderes Highlight war der Besuch unserer Landesvorsitzenden Katharina Slanina, die mit vielen Gästen ins Gespräch kam und aktuelle politische Entwicklungen einordnete. Ebenso freuten wir uns über den Besuch vom ehemaligen Europaabgeordneten Helmut Scholz aus dem Kreis-



Foto: F. Thier



Foto: F. Thier

verband bzw. -vorstand Dahme-Spreewald. Seine Perspektiven auf europäische Politik und internationale Zusammenhänge bereicherten die Diskussionen und gaben wertvolle Denkanstöße. Neben den inhaltlichen Gesprächen kam auch das Miteinander nicht zu kurz. Bei Kaffee und Kuchen, kühlen Getränken und kleinen Snacks wurde viel gelacht und neue Kontakte geknüpft. Kinder fanden Möglichkeiten zum Spielen, während sich die Erwachsenen austauschten – ein lebendiges Bild dafür, wie Gemeinschaft auch bei grauem Himmel funktionieren kann.

Der FrühLINKSempfang hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig

solche Gelegenheiten für Begegnung und Dialog sind. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Herausforderungen braucht es Orte, an denen Menschen zusammenkommen, zuhören und gemeinsam nach vorne blicken können. Unser herzlicher Dank gilt allen Helfer*innen sowie allen Gästen, die diesen Tag zu etwas Besonderem gemacht haben. Wir freuen uns schon jetzt auf die nächsten gemeinsamen Veranstaltungen und darauf, den eingeschlagenen Weg solidarischer Politik vor Ort weiterzugehen – mit Mut, Haltung und Zuversicht.

Robert Kosin, *Geschäftsführer des Kreisverbandes*



Zweieinhalb Jahre Landtag ohne Linke

Brandenburg wird seit kurzem von einer SPD/CDU-Koalition regiert, die vor allem eines zeigt: den unbedingten Willen zum Machterhalt. Statt mutiger politischer Antworten auf soziale Ungleichheit, steigende Lebenshaltungskosten und strukturelle Probleme im ländlichen Raum erleben wir Stillstand – verwaltet von einer Regierung, die Konflikte lieber moderiert als löst.

Die SPD, einst mit dem Anspruch angetreten, soziale Gerechtigkeit zu stärken, hat sich längst in der Rolle einer staatstragenden Verwalterin eingerichtet. Der Preis dafür ist hoch: Politische Gestaltung wird dem kleinsten gemeinsamen Nenner mit der CDU untergeordnet. Fortschrittliche Impulse bleiben aus, während dringend notwendige Investitionen in Bildung, Pflege und Infra-

struktur aufgeschoben werden. Mit René Wilke als »Superminister« wird diese Entwicklung personifiziert. Die Bündelung zentraler Zuständigkeiten mag effizient erscheinen, tatsächlich steht sie jedoch sinnbildlich für eine zunehmende Machtkonzentration, die demokratische Kontrolle erschwert und politische Vielfalt einschränkt. Was als Modernisierung verkauft wird, wirkt in der Praxis oft wie technokratische Verwaltung ohne sozialen Kompass.

Auch das Projekt BSW, das sich als Alternative inszenierte, ist krachend gescheitert. Der Versuch, linke Sozialpolitik mit konservativen und autoritären Positionen zu verbinden, hat sich als politischer Irrweg erwiesen. Statt glaubwürdiger Opposition entstand ein widersprüchliches Angebot, das weder Vertrauen schafft noch reale Verbesserungen erkämpft. Besonders gravierend ist jedoch, dass Die Linke seit zweieinhalb Jahren nicht mehr im Landtag vertreten ist. Diese Lücke ist

spürbar. Denn ohne eine starke linke Stimme fehlen konsequente Forderungen nach Umverteilung, nach einem handlungsfähigen Sozialstaat und nach echter Beteiligung der Bürger*innen. Themen wie steigende Mieten, prekäre Beschäftigung oder die Krise im Gesundheitswesen werden zwar benannt, aber nicht mit dem notwendigen politischen Druck verfolgt.

Die Abwesenheit der Linken schwächt die soziale Perspektive im Parlament und verschiebt das politische Koordinatensystem nach rechts. Für Brandenburg bedeutet das konkret: weniger Widerstand gegen Kürzungen, weniger Einsatz für die Schwächsten und weniger Vision für eine gerechtere Zukunft. Eine Rückkehr der Linken in den Landtag ist daher keine parteitaktische Frage – sie ist eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und lebendige Demokratie im Land.

Robert Kosin, *Geschäftsführer des Kreisverbandes*

Keine Militarisierung des Gesundheitswesens!

Als Altenpfleger sehe ich tagtäglich, wie unser Gesundheitssystem an seine Grenzen stößt. Wir stemmen uns gegen Überlastung, Personalmangel und Bürokratie – für die Menschen, die unsere Hilfe brauchen. Doch während wir in den Heimen und Kliniken um jedes bisschen Würde ringen, kündigt sich eine neue Bedrohung an: die Militarisierung des Gesundheitswesens.

Unter dem Vorwand der Krisenvorsorge werden immer mehr Ressourcen in die »Sicherstellung von Versorgung im Katastrophenfall« gesteckt – und damit in Strukturen, die eng mit Bundeswehr, Katastrophenschutz und zivil-militärischen Kooperationen verzahnt sind. Bundeswehrkrankenhäuser werden modernisiert, Reservisten für die Pflege ausgebildet, und in einigen Bundesländern prüfen Politiker*innen bereits gemeinsame Einsatzübungen von Soldat*innen und Pflegepersonal. Auf den ersten Blick klingt das harmlos:

»Für den Notfall gewappnet« – wer will das nicht? Doch der Blick hinter die Schlagzeilen offenbart die Konsequenzen. Ressourcen, die dringend für die Entlastung des Personals, bessere Bezahlung, Weiterbildung und die dringend nötige Personalaufstockung gebraucht werden, fließen in Drill, Hierarchie und militärische Logistik. Pflegekräfte werden zu Rädchen in einer Maschinerie, deren Hauptzweck nicht das Wohl der Menschen ist, sondern die Kriegsbereitschaft des Staates. Für die Pflegekräfte heißt das: Weniger Zeit für die Menschen, die ihnen täglich anvertraut sind. Weniger Raum für Mitgefühl, mehr Struktur, Kontrolle und Überwachung. Die Pflege wird instrumentalisiert. Und wir dürfen nicht vergessen: Militärische Logik kennt keinen Raum für sanfte, einfühlsame Versorgung. Menschen werden planbar, standardisierbar, berechenbar – anstatt echte Lebensqualität zu



sichern. Wir müssen uns fragen: Wollen wir ein Gesundheitssystem, das auf Drill und Kriegstüchtigkeit basiert, oder eines, das auf Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität beruht? Wir brauchen kein militärisches Gesundheitssystem, wir brauchen Personal, Zeit und Ressourcen für echte Pflege. Wir brauchen Prävention, gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne – kein Heer auf Krankenhausfluren. Es ist an

der Zeit, dass wir laut werden. Als Pflegekräfte, als Bürger*innen, als linke Stimme im Land. Wir müssen die Militarisierung stoppen, bevor sie die Seele unserer Gesundheitsversorgung zerstört. Die Gesundheitsversorgung darf kein Sicherheitsinstrument des Staates sein – sie ist ein humaner Auftrag.

Robert Kosin, *Geschäftsführer des Kreisverbandes*

Bürgermeisterwahl in Baruth/Mark:



Wir unterstützen Kirsten Schacht

Am 10. Mai kann in Baruth/Mark eine Bürgermeisterin gewählt werden. Denn so viel steht schon fest: alle drei Kandidierenden sind Frauen. Die Linke unterstützt die parteilose Kandidatin Kirsten Schacht. Mit ihr sprach Elian Franz.

1. Die persönliche Motivation

Elian Franz: Frau Schacht, Sie setzen sich schon lange für die Belange der Menschen in Baruth/Mark ein. Was war der persönliche Moment oder die Begegnung, die Sie dazu bewogen hat, jetzt als Bürgermeisterin Verantwortung übernehmen zu wollen?

Kirsten Schacht: Es gab keinen einzelnen lauten Knall, sondern viele leise Momente in den letzten zwei Jahren als Ortsvorsteherin. Wenn ich mit Bürgern spreche, spüre ich den Wunsch nach Beständigkeit, aber auch nach modernem Weitblick. Als Mutter von zwei Kindern frage ich mich ständig: Wie sieht das Baruth aus, in dem sie in 20 Jahren leben? Ich möchte nicht nur verwalten, was da ist, sondern als Planerin aktiv die Weichen stellen. Mein Entschluss, parteilos anzutreten, unterstreicht das: Ich bin allein den Bürgern und der Sache verpflichtet, keiner Parteilinie.

2. Die Vision für die Gemeinde

Elian Franz: Was lieben Sie an unserer Stadt und ihren zwölf Ortsteilen am meisten, und wie möchten Sie dieses besondere Lebensgefühl für die Zukunft bewahren?

Kirsten Schacht: Ich liebe die Balance zwischen unserer wirtschaftlichen Kraft und der Ruhe des Urstromtals. Mein Ziel ist eine »Gemeinde der kurzen Wege«. Das bedeutet: Ein starkes MVZ für die medizinische Versorgung vor Ort, sichere Radwege, die unsere zwölf Ortsteile verbinden, und ein verlässlicher ÖPNV. Wir bewahren das Lebensgefühl, indem wir Infrastruktur schaffen, die es jungen Familien ermöglicht zu bleiben und Senioren erlaubt, würdevoll und sicher hier alt zu werden. Wirtschaftliche

Entwicklung und der Schutz unserer Landschaft dürfen dabei keine Gegensätze sein.

3. Fokus auf das Miteinander (Ehrenamt & Zusammenhalt)

Elian Franz: Baruth lebt vom Ehrenamt und dem Zusammenhalt in den Dörfern – von Paplitz bis Petkus. Wie wollen Sie als Bürgermeisterin das Engagement der Vereine und der Freiwilligen Feuerwehren noch stärker unterstützen?

Kirsten Schacht: Das Ehrenamt ist das Immunsystem unserer Stadt. Als Bürgermeisterin werde ich die Feuerwehren nicht nur als Pflichtaufgabe sehen, sondern als moderne Sicherheitspartner, die die beste Ausstattung verdienen. Für die Vereine möchte ich die bürokratischen Hürden senken. Mein Ansatz ist »Politik als Service«: Die Verwaltung muss Ermöglicher sein, nicht Bedenkenträger. Wir müssen Räume schaffen, in denen Gemeinschaft stattfinden kann – altersgerecht und barrierefrei.

4. Bürgernähe und Verwaltung

Elian Franz: Sie gelten als jemand, der nah bei den Menschen ist. Wie sieht Ihr Konzept für eine moderne, transparente Stadtverwaltung aus, bei der sich jeder Einwohner ernst genommen und mitgenommen fühlt?

Kirsten Schacht: Transparenz ist keine Einbahnstraße. Eine moderne Verwaltung muss erreichbar, transparent und nah sein. Ich plane regelmäßige Dialoge in den Ortsteilen, nicht nur vor Wahlen. Entscheidungen müssen erklärt werden, gerade dann, wenn sie schwierig sind. Digitalisierung im Rathaus muss dazu führen, dass der Bürger Anliegen unkompliziert von zu Hause erledigen kann während im Rathaus mehr Zeit für die persönliche Beratung bleibt.

5. Das Finale: Eine persönliche Anekdote

Elian Franz: Zum Abschluss etwas ganz Persönliches: Welches ist Ihr absoluter Lieblingsplatz in der Gemeinde Baruth/Mark, an dem Sie am besten Kraft tanken können, und gibt es eine kleine Anekdote aus dem bisherigen Wahlkampf, die Ihnen besonders in Erinnerung geblieben ist?

Kirsten Schacht: Es gibt viele wunderbare Orte in Baruth. Ich liebe vor allem die Flämingkante. Dieser Weitblick, wenn man vom Mühlenberg nach Paplitz oder in Richtung Muruner Straße läuft – das ist sensationell. Und dann natürlich der Weinberg bei Sonnenuntergang: Das ist für mich ein Stück Italien mitten in Brandenburg. Was den Wahlkampf angeht: Es sind die vielen kleinen Geschichten, Erzählungen und Begegnungen, die mir viel Freude bereiten.

Aus Alt mach Neu – und besser! BO Baruth/Mark

Seit Januar 2025 gibt es in Baruth/Mark wieder eine aktive Basisorganisation (BO) der Partei Die Linke.

Mit neuem Elan, frischen Ideen und viel Engagement bringen mehrere Mitglieder gemeinsam mit zahlreichen Unterstützer*innen politisches und soziales Leben zurück in die Region. Von Anfang an stand dabei eines im Mittelpunkt: anpacken, helfen und sichtbar sein. So beteiligte sich die BO Baruth/Mark tatkräftig an verschiedenen sozialen Projekten. Beim Tierheim-Projekt in Märkisch-Buchholz sowie bei der Tafel-Aktion in Luckenwalde konnten durch großes Engagement vielfältige Sach- und Geldspenden gesammelt werden.

Diese Aktionen zeigen deutlich, dass solidarisches Handeln vor Ort keine leeren Worte sind, sondern praktisch gelebt werden. Darüber hinaus engagierten sich Mitglieder und Unterstützer*innen bei der Wahlkampfhilfe, hielten Redebeiträge auf Demonstrationen, beteiligten sich an Familienfesten, nahmen an Kranzniederlegungen teil und unterstützten weitere gesellschaftliche und politische Veranstaltungen in der Region.

Doch dabei soll es nicht bleiben. Die Linke Baruth/Mark blickt entschlossen nach vorn und hat bereits zahlreiche Vorhaben für die Zukunft geplant. Dazu zählen regelmäßige Vernetzungstreffen, um den Austausch mit Bürger*innen, Initiativen und anderen Organisationen zu stärken, ebenso wie die Unterstützung weiterer lokaler sozialer Projekte. Auch eine aktive Begleitung und Unterstützung der kommenden Bürgermeisterwahl am 10. Mai ist vorgesehen, um linke Inhalte und soziale Themen stärker in den kommunalen Fokus zu rücken.

Geplant sind außerdem eigene Veranstaltungen in Baruth/Mark und Umgebung, bei denen politische Bildung, Austausch und gemeinsames Engagement im Mittelpunkt stehen sollen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf Projekten der Arbeitsgruppe »Die Linke hilft«, deren Mitgründer die BO Baruth/Mark ist. Diese Arbeitsgruppe verfolgt das Ziel, unbürokratische Hilfe zu leisten und solidarische Strukturen dauerhaft aufzubauen.

Mit all diesen Aktivitäten zeigen wir, die BO Baruth/Mark: Linke Politik lebt vom Mitmachen, vom Zuhören und vom gemeinsamen Einsatz für eine gerechtere Gesellschaft – direkt vor Ort und für die Menschen in der Region.

Josie Mechler,
Basisorganisation Baruth/Mark

Dabei sein

Termine und AKTIONEN (Unter Vorbehalt)

Linkstreff Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Str. 10

[solid] – Plenum der Linksjugend

jeden Sonntag, jeweils 14:00 Uhr

Rote Socken und mehr ...

18.04., 10:00 Uhr

Sitzung Regionalvorstand TGL

Mo., 20.04. und 18.05.,
jeweils 18:00 Uhr

Linkes Frühstück

Sa., 25.04., 10:00 Uhr

Linke Stunde

Do., 07.05., 18:00 Uhr

Linker Seniorentreff

Di., 12.05., jeweils 10:00 Uhr

Linkstreff Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str. 19

Basistreffen

Mi., 13.05. und 10.06.,
jeweils 15:00 Uhr

Beratung Redaktion Linksblick

Mi., 13.05., 17:30 Uhr

Beratung Kreisvorstand

Mi., 13.05., 18:30 Uhr

Linkstreff Jüterbog, Große Straße 62

Gedenken zum Tag der Arbeit

Fr., 01.05., 10:00 Uhr,
Marktplatz Jüterbog

Seniorenachmittag

Di., 12.05., 14:30 Uhr

Kreisverband / überregional

Mai-Demo

Fr., 01.05., 10:30 Uhr,
Bahnhof Luckenwalde

35. Familienfest des Kreisverbandes

Fr., 01.05., 14:00 Uhr
Luckenwalde, Boulevard

Ehrungen zum 81. Jahrestag der Befreiung

Fr., 08.05., in den Regionen

5. Kinderfest des Kreisverbandes

Sa., 30.05., 14:00 Uhr
Ludwigsfelde, Rathaus

Die Linke in Zossen setzt auf regionale Vernetzung

Beim jüngsten Parteitreffen der Linken Zossen kamen die Mitglieder zusammen, um über die aktuelle politische Arbeit und kommende Vorhaben zu beraten. Die Runde war altersmäßig bunt gemischt, was zu einer sachlichen, aber lebhaften Diskussion über die Prioritäten in der Stadt und der Region führte.

Im Zentrum des Abends stand eine Bestandsaufnahme laufender Parteiprojekte. Die Mitglieder erörterten den aktuellen Stand der Initiativen und steckten die Ziele für die kommenden Monate ab. Dabei wurde deutlich, dass die kommunale Arbeit in Zossen

derzeit vor allem von sachbezogenen Themen geprägt ist, die nun verstärkt in die Gremien getragen werden sollen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Debatte war die interkommunale Zusammenarbeit. Der Austausch über die Kooperation mit den Nachbarkommunen Baruth/Mark und Am Mellensee nahm einen breiten Raum ein. Es herrschte Konsens darüber, dass Herausforderungen wie die regionale Infrastruktur oder soziale Angebote nicht an den Stadtgrenzen enden. Die Teilnehmer diskutierten Ansätze, wie die Vernetzung mit den Nachbarn intensiviert werden

kann, um gemeinsame Interessen wirksamer zu vertreten.

Trotz der ernsthaften Sachthemen war die Stimmung ausgelassen und konstruktiv. Der offene politische Diskurs bot Raum für neue Impulse und unterstrich den Wunsch nach einer engen Einbindung der Basis. Die Ergebnisse des Abends bilden nun die Grundlage für die weitere Fraktionsarbeit in der Zossener Stadtverordnetenversammlung.

Im Namen des Kreisvorstandes bedanke ich mich dafür, dass ich der Sitzung beiwohnen durfte und freue mich auch weiterhin auf gute Zusammenarbeit.

Elian Franz,
Mitglied des
Kreisvorstandes

Kommunen am Limit

Aufgaben ohne Mittel, Verantwortung ohne Spielraum



Foto: F. Thier

Deutschlands Landkreise und Kommunen stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand. Während der Bund Gesetze beschließt und die Länder sie weiterreichen, landen immer mehr Aufgaben bei denen, die ohnehin am Limit arbeiten: den Städten, Gemeinden und Landkreisen. Das Problem ist nicht neu, spitzt sich aber dramatisch zu. Ob Ganztagsbetreuung, Integration Geflüchteter, Wohngeldreform, Digitalisierung oder steigende Sozialausgaben: Beschlossen wird auf Bundes- oder Landesebene, umgesetzt vor Ort – ohne ausreichende Finanzierung. Das Konnexitätsprinzip – »Wer bestellt, bezahlt« – wird in der Praxis ausgehöhlt. Die Folge sind strukturelle Defizite, Investitionsstaus und Haushalte, die von der Kommunalaufsicht kaum noch genehmigungsfähig sind.

Für viele Kommunen bedeutet das: Schwimmbäder schließen, freiwillige Leistungen streichen, Zuschüsse für Kultur, Jugend- und Sozialarbeit kürzen. Gleichzeitig steigen die Pflichtaufgaben, besonders im Sozialbereich. Kosten für Unterkunft im Bürgergeldsystem oder Jugendhilfe belasten die Haushalte massiv. Gespart wird dort, wo es am wenigsten geschützt ist: bei Prävention, Kinder- und Jugendangeboten, Bibliotheken oder im Nahverkehr. Vor Ort sorgt das für Unverständnis. Bürger*innen fragen sich, warum Steuern und Gebühren steigen oder die soziale Infrastruktur verfällt. Doch viele Entscheidungen sind keine Frage des Wollens, sondern des Dürfens. Kommunen sind an strenge Haushaltsregeln gebunden. Wer dauerhaft im Minus ist, bekommt Sparauflagen – oft

gegen den politischen Willen der gewählten Vertretungen. Das ist demokratiepolitisch problematisch. Denn Kommunen sind die Ebene, auf der Demokratie konkret erfahrbar wird. Hier werden Schulen gebaut, Buslinien geplant. Wenn die Kommunen finanziell ausgetrocknet werden, verlieren sie Gestaltungsspielraum – und die Menschen das Vertrauen. Eine linke Perspektive heißt: Schluss mit der strukturellen Unterfinanzierung. Es braucht eine Finanzierung, die sich an realen Aufgaben orientiert. Gesetze dürfen nur beschlossen werden, wenn ihre Finanzierung gesichert ist. Strukturschwache Regionen müssen gezielt gestärkt werden – etwa durch einen Altschuldenfonds, gerechtere Steuerverteilung und eine stärkere Beteiligung großer Vermögen und Konzerne. Kommunen sind keine nachgeordneten Befehlsempfänger, sondern das Fundament der Demokratie. Wer ihnen Aufgaben ohne Mittel überträgt, erzeugt Frust. Wer handlungsfähige Kommunen will, muss sie fair ausstatten.

Robert Kosin, Geschäftsführer
des Kreisverbandes

Alte Idee bekommt einen 2. Frühling **Die Volks- initiative Schule satt ist wieder da**

Als die Landesregierung aus SPD und BSW im vergangenen Jahr die Volksinitiative »Schule satt« der Linken und vieler Partnerorganisationen (wie Gewerkschaften, Jugendverbänden, Elternräten etc.) unter fadenscheinigen Gründen nicht einmal zur Diskussion im Plenarsaal zugelassen hatte, zerstörte sie Vertrauen in die Politik und ignorierte den Willen von über 22.500 Menschen, die in kürzester Zeit die Initiative unterschrieben hatten.

»Der Hauptausschuss des Landtags lehnte die Volksinitiative ab. Laut einem parlamentarischen Gutachten ging unter anderem aus dem Titel der Zweck der Unterschriftensammlung nicht eindeutig hervor, sodass diese als unzulässig eingestuft wurde. Die Regierungsparteien ließen nicht einmal eine Anhörung der Vertreter*innen der Volksinitiative zu.«, schreibt die neue Initiative auf ihrer Internetseite Gerechtigkeit-isst-besser.de. Nun hat sich das Bündnis wieder zusammengefunden und einen neuen Anlauf gestartet. Mit dabei: AWO, Die Linke, Der Paritätische, DGB, Kita Elternbeirat Cottbus und Potsdam, Volkssolidarität, Ver.di, Bündnis 90/Die Grünen und weitere Partner bilden nun die Initiative »GERECHTIGKEIT IS(S)T BESSER«.

Unter diesem Titel wird dasselbe Ziel verfolgt wie bei Schule satt. Die Kinder der 1. bis 6. Klassen sollen in Brandenburg ein gesundes Mittagessen kostenfrei zur Verfügung gestellt bekommen. Nur mit vollem Magen lernt es sich gut. Wieso man nun nochmal unterschreiben sollte,



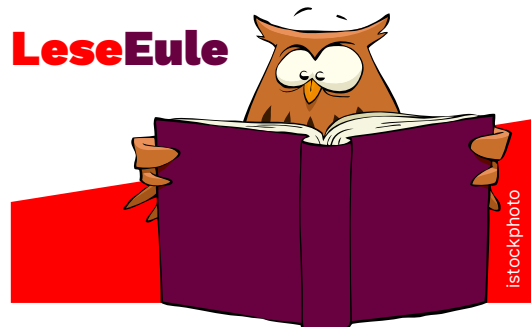
Foto: Volksinitiative »Schule satt!«

wenn doch klar ist, dass eine solche Forderung mit SPD, CDU, AfD und BSW nicht zu machen ist?

Die Initiative gibt die Antwort ebenfalls auf Ihrer Internetseite: »Was ist diesmal anders – und warum wird die Volksinitiative diesmal erfolgreich sein?

Bereits im Vorfeld wurde der Neustart rechtlich begleitet, um dem Hauptausschuss, der über Erfolg oder Misserfolg einer Volksinitiative entscheidet, keine neuen Angriffspunkte zu liefern. Und der Landtag kann es sich nicht leisten, einer so erfolgreichen Volksinitiative – und damit dem Willen der Brandenburger Bürger*innen – ein zweites Mal zu widersprechen.« Daher rufen auch wir, Die Linke Teltow-Fläming, dazu auf, noch einmal die Volksinitiative zu unterschreiben. Listen können in unseren Geschäftsstellen in Ludwigsfelde, Luckenwalde und Jüterbog abgeholt oder abgegeben werden. Auch ein Download der Listen und der Postversand sind natürlich möglich.

Tobias Lübbert,
Mitglied des Kreisvorstandes



Marc-Uwe Kling »Views«

Marc-Uwe Kling ist mit den Känguru-Chroniken und ihren Nachfolgern dem Känguru-Manifest und der Känguru-Offenbarung bekannt geworden. In diesen lebt er selbst in einer WG mit einem Kommunistischen Känguru und wird in die die absurdesten Abenteuer hineingezogen. Auch diese Bücher sind eine klare Empfehlung, auch wenn sie heute nur zur Einleitung dienen. Kling ist, ebenso wie seine Bücher, humoristisch und doch klar gesellschaftskritisch im linken Spektrum des Politischen zu verorten.

Nun hat Kling 2024 mit »Views« ein nicht mehr ganz so witziges Buch, sondern einen Kriminalroman geschrieben.

Was stellen Social Media und neue Techniken mit unserer Gesellschaft an? Was passiert, wenn Menschen »erlaubt« wird, das Recht in die eigene Hand zu nehmen? Wie weit dreht sich eine Gewaltspirale, bis sie eskaliert? Wieso sind Frauen so oft Zielscheibe von Gewalt/Phantasien? Und WER PROFITIERT DAVON?

Diese Fragen und einige mehr, die allerdings den Ausgang des Buches verraten würden, stellen sich den Leser*innen im Thriller »Views«.

Ein Mädchen verschwindet, ein Vergewaltigungsvideo geht auf Social Media viral, die Gewalt schwappt über auf die Straße. Eine BKA-Beamtin wird von »Ganz oben« beauftragt, den Fall zu lösen. Nicht weil sie eine der besten Ermittler*innen des BKA ist, was sie ist. Den Auftrag erhält Yasira Saad, weil die Täter im viralen Video »Ausländer« seien und sie die einzige mit passendem Migrationshintergrund sei. Für die Presse.

»Views« ist ein Buch, das tiefste Abgründe der Gesellschaft, Hass, Vorurteile und eine Wildwuchs-Digitalisierung beschreibt und eine Zukunft skizziert, die alles andere als erstrebenswert scheint. Mehr kann ich aber erst sagen, wenn ihr das Buch gelesen habt, denn niemand möchte die entscheidende Wendung im Fall verraten.

Tobias Lübbert,
Ludwigsfelde

Marc-Uwe Kling
»Views«

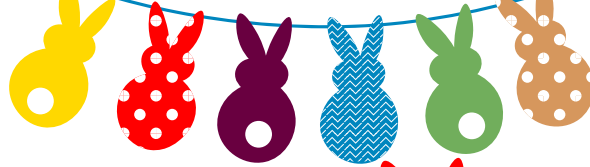
Ullstein Hardcover

ISBN 978-3-550-20299-5

2024 erschienen

272 Seiten, 19,99 Euro





Vor Ort und im Netz

Die Linke in Teltow-Fläming:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde
R.-Breitscheid-Straße 19
Mittwoch 14:00–18:00 Uhr
Telefon: 03371 632267
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Dienstag 10:00–12:00 Uhr
Telefon: 03372 432691
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Maxim-Gorki-Straße 10
Dienstag 10:00–13:00 Uhr
Donnerstag 16:00–19:00 Uhr
Telefon: 03378 510653
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

[facebook.com/dielinke.tf](https://www.facebook.com/dielinke.tf)
[instagram.com/dielinke.tf](https://www.instagram.com/dielinke.tf)

Auch interessant:
dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15

Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: Kreisverband Teltow-Fläming der Partei Die Linke

V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss:
31. März 2026

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern

Auflage 1.400, April 2026

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Das 27. Osterhasenfest in Jüterbog

Am 4. April verwandelte sich der Kräutergarten in Jüterbog erneut in ein fröhliches Osterparadies: Zum 27. Mal lockte das Osterhasenfest unseres Kreisverbandes zahlreiche Besucher*innen an und sorgte für Spaß, gemütliches Beisammensein und gute Laune. Anfangs schien das Wetter leider nicht mitzuspielen. Zu Beginn regnete es leicht, und der Himmel war von dunklen Wolken verhangen. Aber die Gäste und wir ließen uns nicht beirren und eröffneten das Fest mit viel Vorfreude. Den Kindern war der anfängliche Regen egal – sie fanden unter dem Bastel- und Schminkzelt Unterschlupf und Beschäftigung. Im Laufe des Vormittags entstanden mit viel Kreativität kleine Kunstwerke auf den Gesichtern – von Schmetterlingen bis hin zu wilden Tieren. An den Basteltischen wurden bunt verzierte Ostertüten und Osterhasen gestaltet. Für besonders viel Freude sorgten wieder die Luftballonkreationen, die zu Kronen, Schwertern und Tieren geknotet wurden.

Bereits innerhalb der ersten Stunde klarte der Himmel auf und es zeigte sich wunderbarer Sonnenschein. Die Kinder hatten großen Spaß an den zahlreichen Spielstationen.

So wurde beim Dosenwerfen ordentlich gezielt, bei Geschicklichkeitsspielen das Können unter Beweis gestellt und beim Katalpult ein blaues Stoffkaninchen erfolgreich in die Luft befördert und wieder gefangen. Immer wieder sah man Kinder ausgelassen spielen, während Eltern entspannt das Treiben beobachteten.

Ein ganz besonderer Moment war der Auftritt der zwei großen Osterhasen. Mit viel Charme und guter Laune posierten sie für Fotos und verteilten Ostersüßigkeiten an die Kinder, die ihnen mit leuchtenden Augen entgegenliefen. Diese Begegnung war

in Jüterbog



für viele sicherlich das Highlight des Tages. Auch für das leibliche Wohl war bestens gesorgt: Frisch zubereitetes Popcorn ließ zahlreiche Kinderaugen strahlen. Zur Mittagszeit gab es zudem Nudeln mit Tomatensauce, die Groß und Klein für die vielen Aktivitäten stärkten. Der Duft von Popcorn und warmem Essen vermischte sich mit fröhlichem Kinderlachen und machte die entspannte Atmosphäre perfekt. Mit über 200 Besucher*innen war das Oster-

hasenfest der Linken sehr gut besucht und zeigte einmal mehr, wie wichtig solche gemeinschaftlichen Veranstaltungen sind. Es war ein Tag voller Freude, Begegnung und unbeschwerter Momente.

Wir danken allen Helfer*innen für ihre Zeit, Mühe und ihr Engagement und freuen uns schon auf das 28. Osterhasenfest im nächsten Jahr.

Nicole Liedtke, Schatzmeisterin des Kreisverbandes

